

# افغانستان آزاد – آزاد افغانستان

AA-AA

چو کشور نباشد تن من مباد بدین بوم و بر زنده یک تن مباد  
همه سر به سر تن به کشتن دهیم از آن به که کشور به دشمن دهیم

[www.afgazad.com](http://www.afgazad.com)

[afgazad@gmail.com](mailto:afgazad@gmail.com)

European Languages

زبانهای اروپایی

Von Markus Bernhardt  
15.12.2020

## **Für Menschenrechte und Frieden**

*Komitee für Grundrechte und Demokratie begeht 40jähriges Bestehen*



Timm Schamberger/dpa

Teilnehmende einer Demonstration protestieren für die Garantie des Menschenrechtes auf Asyl und gegen die bayerische Abschiebepaxis (Nürnberg, 2.6.2017)

Mit mannigfaltigen Aktivitäten mischt sich das 1980 unter anderem von Andreas Buro, Wolf-Dieter Narr, Roland Roth, Klaus und Hanne Vack gegründete Komitee für Grundrechte und Demokratie für die Einhaltung der Menschenrechte ein. »Die akuten Gefährdungen von Menschenrechten lassen keine Heiligsprechung von unbedingtem Rechtsgehorsam und staatlichem Gewaltmonopol zu«, schrieb die Gründergeneration des Grundrechtekomitees im Editorial des 1992 veröffentlichten Buchs »Ziviler Ungehorsam – Traditionen, Konzepte, Erfahrungen, Perspektiven«. Ziviler Ungehorsam sollte als »notwendiges radikal-demokratisches Mittel« begriffen werden, denn vom Ideal einer »wirklich zivilen Gesellschaft« sei man noch »so weit entfernt«.

Menschenrechte und Demokratie seien »zwei Seiten einer Medaille: ohne Menschenrechte keine Demokratie, ohne Demokratie keine Menschenrechte«, stellt [das Grundrechtekomitee auf seiner Internetseite](#) fest. Da die Gefährdung der Grund- und Menschenrechte, ebenso wie die Gefährdung der Demokratie, viele Dimensionen habe, arbeite man »in ganz unterschiedlichen Themenfeldern an deren Verteidigung und Ausweitung«. Couragiertes und zivil ungehorsames Engagement »für ungeteilte Menschenrechte und radikale Demokratie« sei durch die aktuelle Weltlage angesichts des global gewordenen Kapitalismus und der voranschreitenden Klimakrise »notwendiger denn je«. Das Grundrechtekomitee konzentriere sein Arbeits- und Aufmerksamkeitsfeld vor allem auf die Bedingungen in der Bundesrepublik

Deutschland und arbeite sowohl unabhängig von staatlichen Stellen als auch von politischen Parteien.

Das Komitee für Grundrechte und Demokratie gibt gemeinsam mit anderen Bürgerrechtsorganisationen den jährlich erscheinenden Grundrechtereport heraus. Daneben erfährt das Engagement des Komitees für Frieden und Versöhnung oftmals jedoch nicht im selben Maße öffentliche Aufmerksamkeit. Dabei führt die Menschenrechtsorganisation bereits seit 1994 jährlich Begegnungen von Jugendlichen aus Kriegs- und Spannungsgebieten durch. Bisher kamen über 22.000 junge Menschen aus Bosnien-Herzegowina (1994 und 1995), dem Kosovo (1999), Mazedonien (2001), Israel und Palästina (seit 2002) unter dem Motto »Ferien vom Krieg« zu gemeinsamen Urlauben und Friedensseminaren unter geschützten Rahmenbedingungen in Deutschland und in Drittländern zusammen. Die Initiative »Ferien vom Krieg« erhielt bereits eine Reihe von Auszeichnungen. Trotzdem stellt sie nur einen Teil des breitgefächerten Angebots der engagierten Streiterinnen und Streiter für Demokratie und soziale Rechte dar.

Hindu-Nationalisten haben sich verrechnet - Bauernproteste in Indien einen unterschiedliche Lager. Weiter gehende Forderungen gestellt

Von Silva Lieberherr und Bhakti G., Mumbai

In Indien halten die landesweiten Proteste der Bauern gegen die neuen Agrargesetze der Regierung an. Am Montag campierten allein an den Stadtgrenzen Neu-Delhis erneut Zehntausende Landwirte. Bereits seit dem 26. November blockieren Demonstranten wichtige Autobahnen und Eisenbahnstrecken der indischen Hauptstadt. Zuletzt wurden mehrere von Oppositionsparteien und Gewerkschaften unterstützte Generalausstände ausgerufen, wie etwa am 8. Dezember.

Die neuen Agrargesetze sollen die Landwirtschaft des Landes »deregulieren«. Unter anderem ermöglichen sie es Konzernen, die Ernte der Bauern direkt bei diesen zu erstehen. Bisher verkauften die meisten Farmer einen Großteil ihrer Erträge innerhalb eines staatlich regulierten Marktsystems, des sogenannten Mandi-Systems. Die Regierung argumentiert, direkte Verhandlungen mit den Konzernen seien für die Landwirte von Vorteil, doch die sehen das anders. »Die Mandis sind ein Unterstützungssystem für alle Bauern«, erklärt Jujhar Singh, ein Farmer aus dem Bundesstaat Punjab, der in Delhi demonstriert, gegenüber junge Welt. Die Pläne der Regierung sieht er mit Sorge: »Natürlich gibt es Korruption, aber wir brauchen die Mandis. Die Konzerne werden uns nur ausnutzen.«

Ahnlicher Meinung ist Suddam Pawar, Mitglied einer kleinen Bauernorganisation, die wiederum dem All India Kisan Sangharsh Coordination Committee angehört, das die landesweiten Demonstrationen organisiert. Pawar protestiert im indischen Bundesstaat Maharashtra. Er sieht die Gesetze als einen »direkten Angriff« auf die Bauern. In erster Linie betreffen die Änderungen die Kleinbauern. Aber auch andere Bauern würden die Auswirkungen spüren, nicht zu vergessen die Landarbeiter, so Pawar.

Am Sonnabend hatte der hindu-nationalistische Premier Narendra Modi erneut bekräftigt, das Gesetz nicht zurückziehen zu wollen. Er versucht, wie auch schon bei Protesten in der Vergangenheit, die Demonstranten zu diskreditieren. Die Mehrheit der protestierenden Bauern in Neu-Delhi ist aus den Bundesstaaten Punjab und Haryana angereist, in denen der Sikhismus stark verbreitet ist. Daher spricht das hindu-nationalistische Lager immer wieder davon, bei den Protesten gehe es in Wahrheit um »Khalistan«, also den Kampf um einen unabhängigen Staat der Sikh-Gemeinde. Allerdings haben solche Vorwürfe nur mäßig Erfolg, da Indien noch immer ein Agrarstaat ist und die Bevölkerung generell mit den Bauern sympathisiert.

Zudem einen die Proteste zumindest vorübergehend die verschiedenen Fraktionen der indischen Bauernbewegung, die entlang von Klassen und Kasten gespalten ist. Längst geht es nicht mehr nur um die Rücknahme von Gesetzen. Auch die hindu-nationalistische

Regierungspartei BJP und mit ihr verbündete kapitalistische Eliten geraten vermehrt in die Kritik. Protestslogans richten sich etwa gegen die Milliardäre Mukesh Ambani und Gautam Adani. Ihre Geschäftsimperien profitieren in besonderem Maße von Modis Agrarpolitik. Auch solidarisieren sich die Protestierenden mit verschiedenen politischen Gefangenen des Landes, die wegen »antinationaler« Umtriebe verhaftet worden sind. In diese Kategorie fallen etwa maoistische und islamische Aktivitäten. Joginder Ugrahan, Vorsitzender der großen Bauernorganisation BKU, erklärte am Freitag gegenüber dem indischen Onlineportal The Wire: »Wir haben es mit einem Premierminister zu tun, der sich wie ein ausbeuterischer König verhält. All diese Aktivisten und Intellektuellen wurden unter falschen Anschuldigungen verhaftet, nur weil sie sich für Arme eingesetzt haben. (...) Deshalb fordern wir ihre Freilassung.«

**Nigeria: Auch deutsche Konzerne beuten Ressourcen des Landes aus. Protest vor dem Bundeskanzleramt. Ein Gespräch mit Peter Donatus - Interview: Gitta Düperthal**

Peter Donatus ist Sprecher eines Zusammenschlusses von 22 nigerianischen Organisationen und Einzelpersonen in Deutschland sowie -Vorsitzender des Vereins Pay Day -Africa International

Ein Bündnis nigerianischer Organisationen in Deutschland demonstrierte vergangenen Donnerstag vor dem Bundeskanzleramt. Korruption, Polizeigewalt und Druck durch multinationale Konzerne sind in Nigeria an der Tagesordnung. Wie ist die Lage in dem Land derzeit?

Die junge Bevölkerung – mehr als 50 Prozent in Nigeria sind Jugendliche – protestiert, weil staatliche Einsatzkräfte Menschen ihrer Freiheit berauben, Eigentum stehlen, foltern und töten. Die Antwort der Regierung war, Demonstranten massakrieren zu lassen. Im Oktober erschoss die sogenannte Eliteeinheit »Special Anti-Robbery Squad« mehr als 50 Zivilisten. Diese Polizeieinheit ist mittlerweile aufgelöst, zur Verantwortung wurde aber niemand gezogen. Schlimmer noch: Die Spezialeinheit mit dem Namen »Special Weapons and Tactics« übernahm, in der zuvor abgelöste Polizisten wieder tätig sind. Darüber hinaus töteten Anhänger der Terrorgruppen Boko Haram und ISWAP (»Islamischer Staat in Westafrika«, jW) Ende November mehr als 100 Feldarbeiter.

Boko Haram und ISWAP terrorisieren das Land, neuerlich wurden wieder Hunderte Kinder aus einer Schule verschleppt. Warum gibt es darauf keine Reaktion?

Das fragen wir auch. Gegen junge Protestierende geht die nigerianische Regierung rabiat vor, den Terror aber lässt sie durchgehen. Es gibt zwar einen hohen Verteidigungshaushalt, allerdings füllen einzelne Generäle ihre Taschen mit Geld.

Welche Rolle spielt der Präsident Muhammadu Buhari?

Buhari bedauert das Unrecht, lässt aber Führungslosigkeit walten. Es gibt Massenarbeitslosigkeit, zugleich werden öffentliche Kassen geplündert. In vielen afrikanischen Ländern wie in der ehemals britischen Kolonie Nigeria bestehen koloniale Strukturen weiter. Der dortige Staat ist schwach, es fehlt an Geld, damit Kinder in die Schule gehen können – gleichzeitig beuten europäische Staaten die Ressourcen des Landes aus.

Sie übergaben dem Kanzleramt am Donnerstag eine Resolution mit Kritik an der Bundeskanzlerin. Was hat sie mit der Situation zu tun?

Obwohl Dutzende junge Menschen massakriert wurden, blieb die deutsche Regierung still. Sie hätte das scharf verurteilen, wirtschaftliche Sanktionen verhängen oder die bedingungslose Freilassung der bei den Protesten Inhaftierten fordern können. Aber nichts geschah. Und warum? Weil es die Geschäfte gestört hätte. Multinationale Konzerne bedienen sich der Ressourcen Nigerias und machen Profite. Die Kanzlerin eines einflussreichen Landes wie Deutschland hätte die Macht, sich gegen die Staatsräuber zu stellen. Statt dessen nutzte man ausgerechnet den 10. Dezember, den Internationalen Tag für Menschenrechte, als wir den Protestmarsch nach Berlin machten, um Geflüchtete abzuschieben. Eine Maschine aus

München brachte 43 Menschen aus Europa nach Nigeria, davon kamen 24 aus Deutschland. In diesen Fällen heißt es dann, es handle sich dabei um sogenannte Wirtschaftsflüchtlinge. Dabei kamen die meisten nach Europa, weil Konzerne wie Shell, Bayer oder Siemens in Nigeria ihre Lebensgrundlagen zerstört haben.

Was genau werfen Sie den genannten Konzernen vor?

Ein Beispiel: Die Shell AG verschmutzt seit Jahrzehnten die Umwelt im Nigerdelta infolge der Ölgewinnung. Weder Fischfang noch Landwirtschaft sind dort noch möglich. Die Opfer dieser Praxis, meist junge Menschen unter dreißig Jahren, machen sich infolge der Perspektivlosigkeit auf den Weg nach Deutschland. Haben sie dort einen Job gefunden und wollen Geld in ihr Herkunftsland schicken, werden dessen Empfänger in Nigeria politisch verfolgt und deren Konten gesperrt.

Welche historische Rolle hat Berlin beim Aufbau kolonialistischer Strukturen?

1884/85 fand auf Einladung des Reichskanzlers Otto von Bismarck die sogenannte Westafrika-Konferenz in Berlin statt, um »die Handelsfreiheit Europas« am Kongo und am Niger zu regeln. Die Großmächte teilten damals Afrika als Kolonien unter sich auf. Die Folgen bekommen wir bis heute zu spüren.